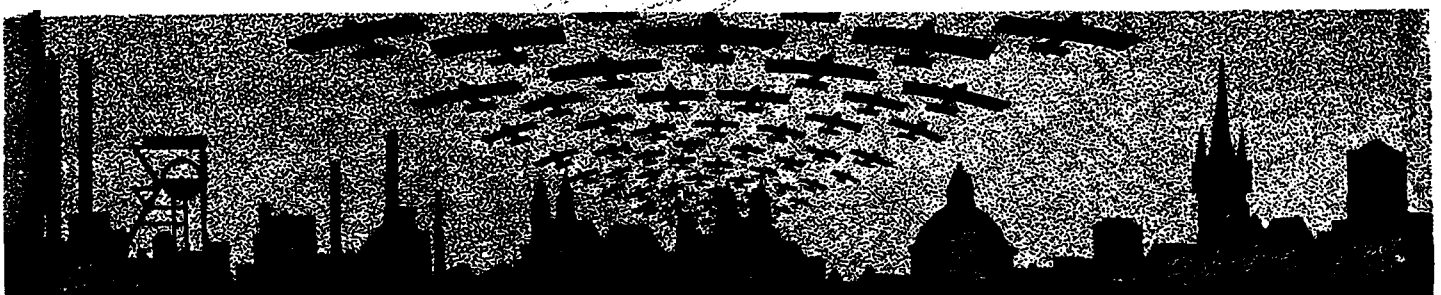


LUFTSCHUTZ-RUNDSCHAU

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN LUFTSCHUTZ VERBAND E.V.

Jahrgang | Berlin, Dezember 1932 | Heft 4

Schutz der Zivilbevölkerung durch internationale Verträge?

Die Abrüstungskonferenz ist durch die Entschließung der in Genf versammelten fünf Mächte erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit getreten. Die unentwegten Gegner des Luftschutzes in Deutschland ziehen aus der Tatsache, daß die Fortsetzung der Konferenz unter der Beteiligung Deutschlands nunmehr gesichert ist, bereits wieder den Schluß, die Vorbereitung von Luftschutzmaßnahmen sei überflüssig, ja schädlich; helfen könne einzig und allein die Hoffnung auf ein internationales Verbot der Luftwaffe.

Es ist daher gerade im gegenwärtigen Augenblick zeitgemäß und notwendig, sich mit diesen Hoffnungen auseinanderzusetzen und an Hand der Tatsachen nachzuprüfen, ob die Abrüstungskonferenz überhaupt die Absicht hat, Sicherungen für die Zivilbevölkerung gegen die Luftgefahr zu schaffen. Authentischen Aufschluß über die Absichten der Abrüstungskonferenz gibt die anläßlich der Vertagung am 22. Juli 1932 verkündete sogenannte Benesch-Resolution. Sie hat in ihrem auf die Luftgefahr bezüglichen Teil nach der deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Luftstreitkräfte."

„Im vollen Bewußtsein der Gefahr, die der Zivilisation bei einem etwaigen künftigen Streitfall durch den Bombenabwurf aus der Luft droht, und entschlossen, alle praktischen Maßnahmen gegen diese Gefahr zu ergreifen, stellt die Konferenz im gegenwärtigen Abschnitt ihrer Arbeiten die nachstehenden Schlußfolgerungen auf:

1. Jeder Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung wird absolut verboten werden;

2. Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden sich verpflichten, untereinander den Bombenabwurf aus der Luft völlig abzuschaffen, unter der Voraussetzung einer Einigung über die zur tatsächlichen Beobachtung dieses Verbots anzunehmenden Maßnahmen.

Diese Maßnahmen müßten folgendes enthalten:

a) Die Militärluftfahrt wird einer zahlenmäßigen Begrenzung und die Militärflugzeuge nach Kategorien einer Einschränkung unterworfen;

b) Die Zivilluftfahrt wird einer Reglementierung und einer vollständigen Publizität unterworfen werden. Außerdem werden diejenigen Zivilluftfahrzeuge, deren besondere Merkmale die festgesetzten Grenzen überschreiten (abgesehen von einigen Gegenden, für die eine solche Regelung nicht geeignet ist), einer internationalen Regelung unterworfen werden, die den unerlaubten Gebrauch dieser Fahrzeuge wirksam zu verhindern vermag.

Chemischer und bakteriologischer Krieg und Brandgeschosse.

Der chemische und bakteriologische Krieg und die Kriegführung mit Brandgeschossen wird unter den von dem zuständigen Sonderausschuß einstimmig empfohlenen Bedingungen verboten."

Dem oberflächlichen Leser sollen die Worte „absolut verboten" und „völlig abzuschaffen" den Eindruck eines ernsthaften und entschlossenen Willens zur Abrüstung erwecken. Der nachdenkliche Kritiker wird indessen zu anderen Schlüssen kommen.

Zunächst hat die Resolution auf die Zukunft vertröstet, um zu verschleiern, daß bis zu ihrer Verkündung irgendwelche Beschlüsse nicht zustande gekommen waren. Sie vermeidet außerdem jedwede Feststellung darüber, ob wenigstens die zustimmenden Mächte vor der Vertagung Bindungen zur Annahme der in Aussicht gestellten „Verbote" und „Abschaffungen" eingegangen sind. Sie spricht von „Schlußfolgerungen", also von etwas ganz Unverbindlichem. Schließlich aber sind selbst diese „Schlußfolgerungen" inhaltlich denkbar fragwürdig:

Angenommen, Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung würden verboten: wäre darum die Zivilbevölkerung vor der Luftgefahr gesichert? Die Verhandlungen der Konferenz ergaben eindeutig, daß Angriffe auf militärisch wichtige Objekte erlaubt bleiben sollten. Militärisch wichtige Ziele aber sind: Anlagen, die dem Transport der Heere und ihrer Materialien

dienen, ferner alle Unternehmen, die für die Versorgung der Heere arbeiten. Angriffe auf sie sollten erlaubt bleiben. Das heißt: alle Verkehrsanlagen, alle direkt oder indirekt für das Heer arbeitenden Betriebe, wie Munitions- und Fahrzeugfabriken, Lederwaren-, Textilerzeugungs- und Verarbeitungsstätten, Konservenfabriken und sonstige Lebensmittelbetriebe, hätten Luftangriffe zu gewärtigen. Nicht ausgenommen sind davon auch deren Hilfsbetriebe, die ihnen Halb- oder Rohstoffe liefern. Es verbleibt demnach eine fast endlos große Zahl von Angriffszielen. Die völkerrechtlichen Sachverständigen des Roten Kreuzes haben im Januar 1932 in Genf abgelehnt, den Begriff „militärisch wichtig" zu definieren, weil eine solche Definition zu schwierig sei. Die zuständigen Unterkommissionen der Abrüstungskonferenz haben überhaupt nicht versucht, eine Einigung über die Definition herbeizuführen. Es dürfte in der Tat auch leichter sein, festzustellen, welche Betriebe im Falle eines Krieges keine militärische Bedeutung haben. Ihre Zahl ist jedenfalls weit geringer als die der militärisch wichtigen.

Die militärisch wichtigen Betriebe aber liegen zerstreut inmitten von Wohnsiedlungen. Werden sie angegriffen, dann muß auch die benachbarte Bevölkerung mit Bomben rechnen, die ihr Ziel verfehlen und sich auf Wohnsiedlungen „verirren" können. Derartige Bomben stellen dann keine „Angriffe auf die Bevölkerung" dar, sondern nur unvermeidliche Unglücksfälle. Die betroffene Bevölkerung wird allerdings unter den „verirrten" Bomben nicht weniger leiden als unter den ihr ausdrücklich zugedachten.

Aber unter gewissen Bedingungen sollte der „Bombenabwurf aus der Luft völlig abzuschaffen" sein. Angenommen, die Einigung, die die Voraussetzung für diese Abschaffung sein sollte, käme zustande, dann ergäbe sich folgender Zustand:

Die Bombenflugzeuge würden nicht abgeschafft. Sie würden nur zahlenmäßig begrenzt, vielleicht auch „einer Einschränkung unterworfen". Welcher Art diese Einschränkung wäre, bleibt vorerst völlig ungewiß. Nach der bisher erkenntlich gewordenen Einstellung der Mächte würden vielleicht gewisse Grenzen für die Größe der Flugzeuge vereinbart werden. Man würde aber die Grenzen so legen, daß alle bereits vorhandenen oder im Bau begriffenen Typen davon unberührt bleiben. Innerhalb der vereinbarten Grenzen würde also ein weites Feld zur Entwicklung immer leistungsfähigerer Typen bleiben.

Auch ein Verbot der Ausbildung von Militärfliegern im Bombenabwurf war nicht ins Auge gefaßt. Die Militärmächte würden also bei Ausbruch eines Krieges eine hochausgebildete, zahlenmäßig und größenmäßig vielleicht begrenzte, im übrigen aber leistungsfähige, angriffsbereite Fliegertruppe zur Verfügung haben. Nur deren Einsatz sollte „verboten" sein. Ist es denkbar, daß ein für den Ausgang des Krieges verantwortlicher Feldherr auf den Einsatz dieser vielleicht entscheidenden Waffe verzichten wird? Einer der Führer der englischen Armee hat vor Jahren darauf die Antwort gegeben. Er führte aus: Ein verantwortlicher Feldherr müßte jede Waffe gebrauchen, die Wirkung verspricht. Es sei Sache der Diplomaten, nach errungenem Sieg den Gebrauch der einzelnen Kriegsmittel mit den völkerrechtlichen Bestimmungen in Übereinklang zu bringen. Das ist offen und deutlich.

Von Bedeutung ist auch der von den Lesern der Resolution meist nicht beachtete Umstand, daß sich alle „Verbote", von denen die Resolution spricht, nur auf Kämpfe zwischen den an dem geplanten Abkommen beteiligten Staaten beziehen, nicht aber auf Kämpfe im „eigenen Haus", also nicht auf Kolonialkriege. Im „eigenen Haus" will keine Macht sich irgendwelchen Bindungen unterwerfen. Schon um der Möglichkeiten solcher Kriege willen würden also die Bombengeschwader in höchster Leistungsfähigkeit erhalten bleiben, ganz abgesehen davon, daß es auch noch Außenseiter geben könnte, deretwegen jede Macht ihre Luftstreitkräfte erhalten muß.

Die Verbote der chemischen und der bakteriologischen Waffe, die in Aussicht genommen waren, würden nur die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz von 1922 und des Genfer Protokolls von 1925 wiederholen. Das Genfer Protokoll ist allerdings von der Mehrzahl der Staaten ratifiziert worden. Dies hat aber nicht verhindert, daß die vertraglich eindeutig gebundenen Mächte Giftgaslaboratorien erbaut und Gaskampftruppen aufgestellt haben.

Das Verbot, Brandbomben zu verwenden, wäre so lange illusorisch, als die Verwendung von Sprengbomben möglich ist. Denn jede Sprengbombe ist in ihrer Nebenwirkung auch Brandbombe. Will man die Brandwirkung erhöhen, dann bedarf es nur geringer Änderungen der Füllung der Bomben. Von einem Verbot von Sprengbomben war aber nirgends die Rede.

Bis zum heutigen Tage sind alle Versuche, neue Waffen zu verbieten, gescheitert. Im Mittelalter hat man nach Erfindung der Feuerwaffe deren Träger für vogelfrei erklärt. Die Schießwaffe hat sich trotzdem durchgesetzt.

Nach dem bisherigen Verlauf soll die Abrüstungskonferenz weniger der Sicherung des Friedens, als vielmehr der Sicherung und Stärkung der Macht der beteiligten Staaten dienen. Unter dem Schlagwort „Abrüstung" werden in Genf gewaltige diplomatische Kämpfe um die Macht der einzelnen beteiligten Staaten ausgefochten. Jeder Staat verlangt, daß die Waffe abgerüstet wird, die er selber fürchtet. So erstrebt beispielsweise Japan die Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe, England die Abschaffung der U-Boote, Frankreich und England gemeinsam die Überführung aller nationalen zivilen Luftfahrtunternehmen in eine internationale, natürlich von ihnen beherrschte Luftfahrtorganisation. Die erste Aufgabe einer solchen Organisation würde darin bestehen, Deutschland auch seiner zivilen Luftfahrt zu berauben und seine Flugzeugindustrie abzudrosseln.

Es wird die Aufgabe der deutschen Regierung sein, dafür zu sorgen, daß gemäß dem Grundsatz der Gleichberechtigung dem deutschen Volk das gleiche Recht, sich gegen die Luftgefahr zu schützen, zuerkannt wird wie allen anderen Staaten. Es wird die Aufgabe des deutschen Volkes sein, dafür zu sorgen, daß seine Vertreter in Genf bei der Vertretung dieser Forderung die notwendige moralische Unterstützung in der Heimat finden.

Internationale Gaskriegsverbote unwirksam

In einem Bericht der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vom 10. Dezember 1932 (Conf. D./A. C.B./37) wird die Antwort veröffentlicht, die die „Unterkommission für chemische, bakteriologische und Brandwaffen" an das Hauptbüro der Abrüstungskonferenz zu der Frage gegeben hat, ob die Verwendung von Giftkampfstoffen in Kriegen mit ausreichender Wirksamkeit international überhaupt verboten werden kann. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß dies nicht möglich sei. Sie weist darauf hin, daß beispielsweise die Grenzen zwischen unschädlichen und schädlichen Rauchbomben so fließend seien, daß ein Verbot praktisch unwirksam sei. Außerdem könne ein Verbot niemals die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Chemie und der Pharmakologie unterbinden, dürfe auch nicht die Vorbereitung und Herstellung von Schutzapparaten verhindern. Es sei ferner unmöglich, die Benutzung von Apparaten und von Substanzen zu untersagen, die im alltäglichen Gebrauch unentbehrlich, im Kriegsfall aber zur Herstellung von Giftkampfstoffen geeignet seien. Eine wirksame Kontrolle sei nicht möglich, ohne das Geschäftsgeheimnis aller Betriebe vollkommen aufzuheben. Der Werksspionage würde eine derartige Kontrollorganisation Tür und Tor öffnen, ohne tatsächlich wirksam zu sein. Das Komitee faßt seine Feststellungen zusammen in dem Satz, daß ein Verbot der Verwendung chemischer oder bakteriologischer Kampfstoffe keinen praktischen Wert besitze.

Mittel zur Kriegsverhinderung

Der Oberbefehlshaber der englischen Luftstreitkräfte, Luftmarschall Sir Geoffrey Salmond, erhob auf einer Veranstaltung in London scharfen Widerspruch gegen eine Abschaffung der Luftstreitkräfte. Der Wunsch nach Abschaffung der Luftwaffe ruhe auf der falschen Auffassung, daß eine humane Kriegführung möglich sei. Dies sei jedoch vollkommen unmöglich. Die Luftwaffe sei das größte Abschreckungsmittel gegen einen Krieg, das überhaupt erfunden werden könne. Die Behauptung, daß die Luftwaffe eine Gefahr für die Zukunft der Zivilisation darstelle, sei durchaus falsch, denn die Gefahr für die Zivilisation sei die Verlängerung eines Krieges. Alles, was einen Krieg abkürzen könne, müsse beibehalten werden, und die Luftstreitkräfte der Welt seien die machtvollste Waffe für diesen Zweck. Man habe es in der Hauptsache den englischen Kriegsflugzeugen in den entlegenen Teilen des Weltreiches zu verdanken, daß seit dem Weltkriege der Friede gesichert werden konnte. Die englischen Luftstreitkräfte seien eine Waffe für Notfälle, die immer bereit sei und noch niemals Mißerfolge gehabt habe.

Hungerblockade schlimmer als Luftangriff

Divisionsoberst Sonderegger, der bisherige Chef des Generalstabes der Schweizer Armee, hat in einem besonderen Schreiben an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson die Frage der Hungerblockade angeschnitten. Er erklärt, daß schrecklicher und verderblicher als die Luftwaffe die Anwendung der Hungerblockade sei, die ihre Wirkung in erster Linie gegen Frauen, Kinder, Kranke und Greise richte. Gegen diese grausamste Waffe gebe es keinen Schutz, während die Luftwaffe durch zweckentsprechende Schutzmaßnahmen in ihrer Wirkung beschränkt werden könne. Ein Volk, welches durch Hunger zur Verzweiflung getrieben werde, lasse sich durch kein internationales Verbot vom Gebrauch besonders wirkungsvoller Waffen abhalten. Es sei geradezu eine Pflicht der Selbsterhaltung für ein derartiges Volk, im Kampf gegen seinen rücksichtslosen und grausamen Gegner die Waffen anzuwenden, die ihm zur Verfügung stehen.

Schülerinnen höherer Schulen in Toulon mit Gasmasken.

Mit Genehmigung der Schriftleitung der „Berliner Illustrirten Zeitung" entnommen.

Für und gegen den Luftschutz

Pazifistische Erkenntnisse

„Wie kann man mit Sicherheit einen Giftgaskrieg vermeiden? Völkerbund? Friedensverträge? Vertragliches Verbot der Giftgase? Ach, das hat es vor dem Kriege schon gegeben; es heißt in der Haager Konvention vom 28. Juli 1899: „Die vertragsschließenden Mächte unterwerfen sich gegenseitig dem Verbote, solche Geschosse zu verwenden, deren einziger Zweck ist, giftige Gase zu verbreiten." 1907 wurde diese Konvention auch von England ratifiziert.

Überdies war 1907 noch ein neues internationales Abkommen abgeschlossen worden, in dem es heißt (Artikel 23): „Abgesehen von den durch Sonderverträgen aufgestellten Verboten ist namentlich untersagt:

a) die Verwendung von Giften und vergifteten Waffen;
b) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen."

Haben diese heiligen Verträge etwas genutzt?

Haben etwa — um ein Beispiel aus der jüngsten Zeit zu nennen — der Völkerbund und der Kelloggpakt verhindern können, daß zwischen China und Japan ein umfangreicher Krieg entstanden ist, also zwischen zwei Ländern, die beide dem Kelloggpakt beigetreten waren? Die Antwort weiß jeder selbst. Wer noch nicht gelernt hat, daß internationale Verträge im gleichen Augenblick hinfällig sind, wo sie nicht mehr den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechen: wer immer noch glaubt, man könne die Kriege oder wenigstens den Giftgaskrieg durch Verträge aus der Welt schaffen, ist eher ein Phantast denn ein Optimist".

Diese harte Verurteilung des Vertrauens zu internationalen Verträgen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Luftangriffen steht nicht etwa in einem nationalistischen Blatt, sondern in der Dezembernummer der Zeitschrift „Voran! Wir siegen!", dem „Kampforgan der Sozial-Pazifistischen Bewegung". Diese etwas mysteriöse Bewegung bemüht sich zurzeit am rührigsten, die Luftschutzarbeit zu diffamieren und zu hindern. Ihr Organ vermag aber am Ende der elegischen Betrachtung des zweifelhaften Wertes internationaler Verträge auf dem Gebiete der Kriegsführung kein anderes Mittel anzugeben als das der Beseitigung der Rüstungsindustrie. Es wird also empfohlen, eine Begleiterscheinung von Ursachen zu beseitigen, deren Verhinderung und Ausmerzung gleichzeitig als unmöglich hingestellt worden ist. Die kritisierte Phantasterei des bedingungslosen Glaubens an internationale Verträge zur Verhinderung von Kriegen dürfte damit noch überboten worden sein.

Kann Gas Feuerwehrpumpen außer Kraft setzen?

Da den Gegnern des Luftschutzes überzeugende Argumente nicht zur Verfügung stehen, nähren sie ihre Propaganda mit Phantasiebehauptungen. So wurde kürzlich von einem pazifistischen Organ verbreitet, es sei Illusion, anzunehmen, die Feuerwehr könne bei Luftangriffen eingreifen: denn die „empfindliche Apparatur der Pumpen werde von den Gasen derartig angegriffen, daß ein Löschen der Brände unmöglich sei."

Es gibt keine Wirkung, welche die Gegner des Luftschutzes den Giftgasen nicht andichteten, um die Bevölkerung in Lethargie zu versetzen und ihr jeden Widerstandswillen zu nehmen!

In Wirklichkeit sind Einwirkungsdauer und Konzentration der chemischen Kampfstoffe in solchen Fällen viel zu gering, als daß Apparaturen ernstlich beschädigt werden könnten. Selbst wenn bei Luftangriffen Kampfstoffe in hoher Konzentration auftreten, können sie nur eine geringe Einwirkung auf die äußere Oberfläche der Metallteile der Apparaturen ausüben. Durch sie wird das Funktionieren der Geräte nicht beeinflußt.

„Berliner Tageblatt"

Das „Berliner Tageblatt" Nr. 291 vom 11. Dezember 1932 schreibt:

„Gas"

Zeitungsnotiz: An der Luftschutzbewegung nehmen die Frauenverbände aller Richtungen in steigendem Umfange teil, nachdem der Verlauf der Abrüstungskonferenz nahegelegt hat, sich auf Giftgasverbote und auf die Friedensbewegung nicht ausschließlich zu verlassen. Am 5. und 6. Januar veranstaltet der Deutsche Luftschutz Verband, Berlin NW 40, In den Zelten 22, Fernsprecher: A 1 Jäger 5882/83, in Berlin den ersten Gasschutzlehrgang für Frauen.

Die Berliner Ärztekammer hat kürzlich eine Entschließung gefaßt, die weit über diese Berufsorganisation hinaus Beachtung finden sollte, die Ärztekammer hat nämlich ihre Mitglieder aufgefordert, dem Gasschutz und den Gaskrankheiten mehr Beachtung zu schenken, sie hat aber auch an das Gewissen der ganzen Welt appelliert, den Gaskrieg mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Anwendung von Gas als Kriegswaffe zu verhindern. Diese Resolution ist ganz gewiß begrüßenswert, aber wir fürchten, daß sie trotz oder vielleicht sogar wegen der Abrüstungskonferenz taube Ohren finden wird.

Wir müssen mit dem Faktor Krieg rechnen; wie gesagt, trotz und wegen der Abrüstungskonferenz.

Man macht Propaganda für den Gasschutz der Zivilbevölkerung, mit Recht; die Armeen haben bereits ihre Gasmasken in ihren Magazinen, und der Rekrut wird schon in den ersten Tagen damit gedrillt. Aber was soll mit der Zivilbevölkerung geschehen, was tun wir um Gottes Willen zu ihrem Schutz?"

Freie Gewerkschaften und Luftschutz

Der „Vorwärts" vom 13. November 1932 schreibt:

„Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hatte zum 11. und 12. November die Vertreter der Fachgruppe Deutscher Berufsfeuerwehrmänner zu einer Sitzung im Verbandshaus zu Berlin zusammenberufen. Die Vertreter billigten einmütig die vom Verbandsvorstand geplanten organisatorischen Maßnahmen.

In der Frage des Luftschutzes begrüßten sie die Stellungnahme des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit allen Kräften gegen Rüstungswahnsinn und Kriegshetze anzukämpfen und für eine Befriedung der Welt durch völlige Abrüstung aller Staaten zu wirken. Mit dem Bundesvorstand sind sie der Meinung, daß ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung gegen einen feindlichen Luftangriff nicht geschaffen werden kann. Solange nicht eine Befriedung der Welt erreicht ist, muß zum mindesten ein internationales Verbot von Luftangriffen auf die Zivilbevölkerung geschaffen werden. Notwendig ist ein allgemeiner Katastrophenschutz, für den alle zur wirkungsvollen Durchführung notwendigen Vorbereitungen getroffen werden müssen. Ihrer Berufspflicht werden die deutschen Berufsfeuerwehrleute jederzeit mit Hingabe ihrer vollen Kraft, ohne Rücksicht auf drohende Gefahren genügen."

Der Wunsch nach einer friedlichen Entwicklung der Beziehungen der Völker untereinander im Interesse eines möglichst baldigen Aufblühens der Wirtschaft und der Überwindung der Arbeitslosigkeit ist zweifellos im deutschen Volke ganz allgemein vorhanden. Auch besteht volle Übereinstimmung darüber, daß lediglich durch die völlige Abrüstung aller Staaten ein gewisser Schutz gegen Kriegsgefahren geschaffen werden könnte. Auch darüber, daß es einen hundertprozentigen Schutz der Zivilbevölkerung gegen einen feindlichen Luftangriff nicht gibt, besteht Übereinstimmung mit den Freien Gewerkschaften. Diese Übereinstimmung wird noch unterstrichen durch die freigewerkschaftliche Feststellung, daß ein allgemeiner Katastrophenschutz, für den alle zur wirkungsvollen Durchführung notwendigen Vorbereitungen getroffen werden müssen, notwendig ist. Mehr zu sein, ist nicht Aufgabe des zivilen Luftschutzes, so daß erfreulicherweise eine vollständige Übereinstimmung mit dem freigewerkschaftlichen Standpunkt verzeichnet werden darf.

SPD. und Luftschutzübung

Den in der Nummer 1/2 der „Luftschutz-Rundschau" im Bericht über die Kieler Luftschutzübung wiedergegebenen Auslassungen verschiedener Organe der SPD., welche die Notwendigkeit des zivilen Luftschutzes und der Luftschutzübungen anerkennen, schließt sich eine Auslassung der SPD.-Tageszeitung der „Hammer", Hamm i.W., an. Wir lesen in Nr. 269 vom 15. November 1932 u. a.:

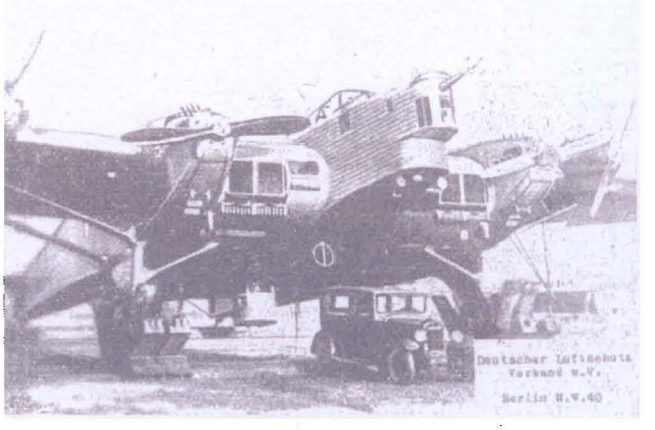
„Am gestrigen Nachmittag stand Hamm-Westen im Zeichen der Großen Luftschutzübung, die bei der Bevölkerung das Interesse für diesen nun einmal notwendigen Schutz wecken sollte. Wenn auch der beste Luftschutz eine vernünftige Friedenspolitik ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß bei der chauvinistischen Verhetzung weiter Volkskreise im In- und Ausland die Gefahr eines zukünftigen Krieges immer noch nicht gebannt ist."

Dann folgt ein sachlicher Bericht über eine in Hamm stattgefundene Luftschutzübung, woran sich folgende Schlußbemerkung knüpft:

„Zwar klappte bei der Übung nicht alles so, wie es gedacht war, aber darum war es ja auch nur eine Übung, bzw. war der Zweck der Übung, in die Bevölkerung den Gedanken der Notwendigkeit des Luftschutzes zu tragen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß der Aufwand im Augenblick dringend erforderlich ist, spricht dieser Aufwand nicht gegen den ganzen Irrsinn kriegerischer Verhetzung?"

Gasschutzunterricht ist in Rußland Pflichtfach

Nach Pressemeldungen wird in den russischen Schulen mit Wirkung ab 1. Dezember 1932 der „Gasschutzunterricht" als Pflichtfach eingeführt. Sämtliche Schüler, auch die kleinsten Abc-Schützen, bekommen vom Staate Gasmasken gestellt, die an einem Vormittag jeder Woche im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden Gasschutzübung angelegt werden müssen.



Ein französisches Nachtbombenflugzeug. Tragfähigkeit 2500 kg Bomben, Aktionsradius 1000 km.

Von diesem neuen Typ sind zurzeit vier Geschwader im Bau. Jedes Flugzeug ist zur Abwehr von Jagdfliegern mit 9 Maschinengewehren ausgerüstet.

Eine französische Aufklärungs- und Bombenflugzeugstaffel wird mit Bomben beladen.

Diese Flugzeuge entwickeln eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 190 km pro Stunde. Sie erreichen eine Gipfelhöhe von 6500 Meter und haben einen Aktionsradius von 600 bis 800 km bei einer Tragfähigkeit von 400 kg Bomben.

Psychologische Wirkungen von Luftangriffen

Panik, die größte Gefahr

Von Max Peschmann, Schriftleiter der „Revue der Luftfahrt"

Wir haben jetzt auch in Deutschland des öfteren Gelegenheit gehabt, größere und kleinere Luftschutzübungen zu sehen. Und jeder Zuschauer wird sich gefreut haben, feststellen zu können, wie alles tadellos geklappt hat, wie die Rettungsmaßnahmen wie am Schnürchen vor sich gingen. „Verletzte" wurden geborgen, Passanten flüchteten rechtzeitig in vorbereitete Schutzräume, sobald die Warnsirenen ertönten, Rettungsmannschaften, Feuerwehren, Entgiftungstrupps, alle diese zum Luftschutz gehörenden Organisationen arbeiteten reibungslos und wirksam.

Aber meine Freude über dieses präzise Funktionieren der Übungen erhielt doch einen argen Stoß, als ich einen Zuschauer sagen hörte: „Na, Gott sei Dank, da ist ja für alles vorgesorgt, da brauchen wir ja nichts mehr zu fürchten!" Himmel! Wenn das die Meinung der breiten Masse ist, dann ist für nichts, aber auch gar nichts vorgesorgt! Ich möchte einmal diesen braven Mann sehen, wenn wirklich über seinem Hause ein Geschwader feindlicher Bombenflieger erschiene, wenn aus der Übung bitterer Ernst würde! Dieses Sich-in-Sicherheit-wiegen, dieses Ausweichen, einer entsetzlichen Gefahr klar ins Auge blicken zu wollen, kann sich einmal verhängnisvoll auswirken.

Seien wir doch einmal ehrlich: ist die Bevölkerung auch nur einer größeren Stadt Deutschlands — nehmen wir einmal die von Berlin an — auf einen feindlichen Luftangriff vorbereitet, ist ihr der Ernst der Gefahr denn auch nur annähernd zum Bewußtsein gekommen? Man muß leider mit einem glatten „Nein" antworten! Und darin liegt eine so ungeheure Gefahr, eine Gefahr, die vielleicht ebenso groß ist wie die des Bombenwurfes selbst.

Nehmen wir doch einmal den Fall an, daß ein überraschender feindlicher Luftangriff auf Berlin stattfinden sollte. Nehmen wir auch ruhig an, daß der Warnungsdienst tadellos funktioniert, daß Rettungsmannschaften und alle Luftschutzorganisationen sofort planmäßig eingesetzt wurden. Sie alle wären völlig machtlos, denn schon bei dem Gerücht von dem Nahen der Bombengeschwader würde eine entsetzliche Panik unter den Menschen ausbrechen, die zu einem Chaos ohnegleichen anwachsen würde, wenn die erste Bombe herunterkrachen würde! Ein Kampf aller gegen alle würde ausbrechen, der alle Luftschutzmaßnahmen völlig unmöglich machen müßte.

Das muß einmal in aller Öffentlichkeit unter dem gehörigen Nachdruck gesagt werden. Alle organisatorisch noch so gut bis ins kleinste durchdachten und vorbereiteten Luftschutzmaßnahmen sind Stückwerk, wenn es nicht gelingt, die breiten Massen, ja, jeden einzelnen, mit der Gefahr, die ihm droht, und der Möglichkeit ihr zu entrinnen, vertraut zu machen. Wie ein Ertrinkender häufig das Rettungswerk dadurch gefährdet, daß er sich in seiner Todesangst an seinen Retter anklammert und diesen dadurch vielleicht selbst mit in die Tiefe zieht, so würde es — nur in tausendmal vergrößertem Maße — bei einem Luftangriff heute der Fall sein. Und wie es keinen besseren Schutz gegen das Ertrinken gibt, als selbst schwimmen zu können, so ist auch ein genaues Kennen der Luftgefahr und der Möglichkeit ihrer Vermeidung die erste Bedingung für die Rettung.

Darum ist die erste Forderung für jede Luftschutzbestrebung: diese Erkenntnis bis in die letzte Hütte zu tragen. Gewiß, dies scheint eine Sisyphusarbeit, gewaltige Widerstände gilt es hier zu überwinden. Da schreien die einen: „Das sind Kriegsvorbereitungen, wir wollen keinen Krieg!" Die andern, die Faulen und Gleichgültigen, sagen: „Das sind doch nur Phantastereien, wir haben abgerüstet, uns wird schon niemand etwas tun! Das eine ist so falsch wie das andere. Wird ein Wegelagerer sich davon abhalten lassen, uns zu überfallen, weil wir keine Waffe bei uns haben, oder ist es etwa gar ein Verbrechen, durch Sicherheitsschlösser und sonstige Maßnahmen seine Habe vor Einbrechern zu schützen? Hier aber, wo es sich nicht nur um materielle Güter, wo es sich um das Leben vielleicht Tausender und aber Tausender handelt, will man die Hände in den Schoß legen oder den Kopf in den Sand stecken, um nur nichts von den unbequemen Mahnungen zu hören und zu sehen?

Mit kleinen Mitteln ist hier freilich nichts getan, das Problem muß großzügig angepackt werden. Täglich müßten alle Schichten der Bevölkerung durch die Sprachrohre der öffentlichen Meinung, besonders durch Presse und Rundfunk, auf die Möglichkeit eines Luftangriffes hingewiesen, der Warn-, Sicherheits- und Hilfsdienst der Behörden und Selbstschutzmaßnahmen für jeden einzelnen erläutert werden. Auch die Kinos könnten hier in weitestem Maße aufklärend wirken, sei es durch Vorführung von Luftschutzübungen in Wochenschauen, sei es durch entsprechende Spielfilme. Vor allem aber müßten alle Behörden die Aufklärungsarbeit des Deutschen Luftschutz Verbandes in weitestem Maße mit Rat und Tat unterstützen. Ja, auch durch behördliche Maßnahmen, sei es durch baupolizeiliche Vorschriften oder durch gesetzgeberische Vorsorge, müßte auf jeden einzelnen eingewirkt werden.

Wohlgemerkt: keine Panikstimmung soll hervorgerufen, sondern Aufklärungsarbeit geleistet werden! Wenn das Publikum weiß, daß es gegen Luftgefahr, seien es Brisanz-, Brand- oder Gasbomben, Rettung und Schutz gibt, dann wird es im Ernstfalle wissen, was es zu tun hat. Denn Disziplin ist bei einem Luftangriff die erste Bürgerpflicht, die Bevölkerung muß dazu erzogen werden, Ruhe zu bewahren, eine Panik zu vermeiden und die Nerven nicht zu verlieren.

Nirgends ist Ruhe so nötig wie bei einem Gasangriff. Bei den Phosgenvergiftungen in Hamburg vor einigen Jahren sind — trotzdem die Anzahl der Erkrankten erheblich war — nur einige Todesfälle vorgekommen. Und diese betrafen ausschließlich nur solche Leute, die in ihrer Todesangst aus der Gaswolke herausrennen wollten. Hierdurch aber arbeiteten die Lungen heftiger, größere Mengen Giftgas wurden eingeatmet und führten den Tod herbei. Hätten diese Leute Ruhe bewahrt, wären sie langsam gegangen oder hätten sich ruhig hingelegt, würden sie heute noch am Leben sein! — Sagt dieses eine Beispiel nicht schon genug? Es zeigt den Weg zur Rettung aus Lebensgefahr. Aber Aufklärung tut dringend not, damit jeder

einzelne den Weg zur Rettung auch findet. Wenn diese Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, dann wird auch die psychologische Gefahr auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden.

Kein Problem gibt es, das so Allgemeingut aller Kreise, ob reich, ob arm, werden müßte, das so jenseits alles politischen Hasses und Parteihaders liegt wie der Luftschutz. Denn die feindliche Bombe fragt nicht, ob der Betroffene ein Minister oder ein armer Erwerbsloser ist, und das Gas vergiftet sowohl den Nationalsozialisten wie den Kommunisten. Luftschutz ist Selbstschutz, und darum sollten wenigstens in dieser Frage alle Deutschen einig sein — in der Bestrebung zur Erhaltung von Leben und Gesundheit jedes einzelnen. Und dazu ist notwendig: Erkenntnis der Gefahr, Vermeidung jeder Panik und Bewahrung der Ruhe! Es gibt ein Wort, das viel angefeindet worden ist. Bei Luftschutzangriffen aber ist es das A und O jedes Gefährdeten: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Diese Ruhe gibt ihm aber nur eine sorgfältige Aufklärung und Erziehung.

Ein angriffsbereiter Gegner wird durch ein so vorbereitetes Volk abgeschreckt, durch das Fehlen einer solchen Erziehung unseres Volkes ermutigt und versucht. Die Luftschutzaufklärung und -erziehung fördert also auch den Frieden.

Luftschutzübung in Rom

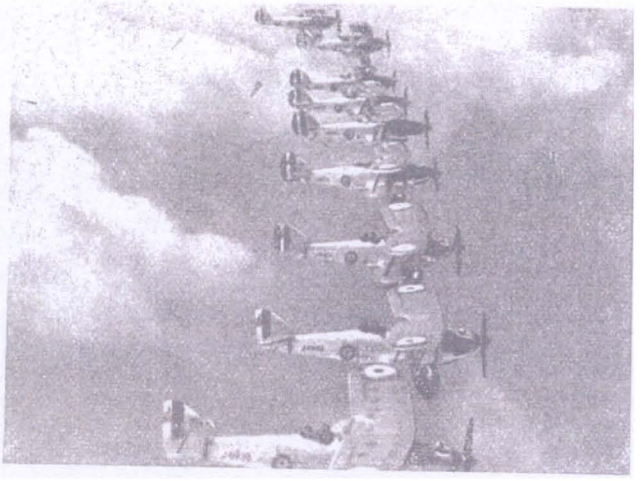
Wenn nicht jeweils die Presse und die Ortsgruppen des Deutschen Luftschutz Verbandes die Bevölkerung in deutschen Städten von der Durchführung der einzelnen Luftschutzübungen unterrichtet hätten, würde die Bevölkerung im allgemeinen nicht viel davon gewahr geworden sein, daß in ihrer Stadt eine Luftschutzübung veranstaltet wurde. Luftschutzübungen beispielsweise in Theatern oder in Kaufhäusern fanden teilweise in Abwesenheit der Bevölkerung statt. Die Unterbrechung der Lichtzufuhr wurde auf einige Minuten beschränkt. Im Ausland dagegen wird die gesamte Bevölkerung, ob sie will oder nicht, durch eine Luftschutzübung bis ins tiefste aufgerüttelt und mit einbezogen, weil dort diese Übung unter dem Einsatz der ganzen militärischen Abwehr vor sich geht.

Besonders eindringlich wurde im Herbst dieses Jahres der Bevölkerung Roms vor Augen geführt, was ein Luftangriff im Ernstfall zu bedeuten hätte.

Hunderte von Flugzeugen, massiert in Geschwadern, brausten heran. Ihnen entgegen die Abwehrgeschwader. Die Sirenen heulten mitten in der Nacht, der Donner der Abwehrgeschütze erschütterte die Stadt. Die Leuchtkegel der Scheinwerfer huschten gespenstig während der ganzen Nacht suchend am Himmel umher. Zwei Nächte und einen Tag lang lag die Stadt Rom im Banne dieser Luftschutzübung, die unter den beteiligten Fliegern auch Todesopfer forderte. Nahte während des Tages ein feindliches Luftgeschwader, so wurde der Verkehr rücksichtslos stillgelegt und die Bevölkerung zum Aufsuchen von Schutzräumen veranlaßt. Drohte ein Angriff während der Nacht, wurde während einer merklichen Zeitdauer alles Licht verlöscht und durch den Fliegeralarm die Bevölkerung rücksichtslos geweckt.

Am Tage wurde eine der Hauptstraßen vergast, die Sanitäter und die Entgiftungstrupps eilten mitten durch

Ein Aufräumungs- und Entgiftungstrupp auf dem Marsch der Luftschutzübung in Rom.



Eine Flugzeugstaffel auf dem Übungsflug.

die tätige Stadt. Die Feuerwehr führte ihre Lösch- und Hilfsübungen am Parlament vor, von welchem angenommen wurde, daß es von Bomben getroffen sei. Sie mußte das Löschwasser über eine Entfernung von 2 km aus dem Tiber entnehmen, da die Wasserleitung als durch Flugbomben zerstört galt. Abends nach 11 Uhr wurde der Hauptbahnhof in den Bereich der Luftschutzübung einbezogen. 6.50 Uhr morgens, nach der zweiten Nacht, verkündete ein Sirenensignal die Beendigung der Übung.

Alle Fremden, die in diesen Tagen als Besucher Roms Zeugen der Veranstaltung waren, berichten, welch gewaltigen und nachhaltigen Eindruck diese Übung auf die gesamte Bevölkerung gemacht hat. Das Echo, das sie in der gesamten Weltpresse fand, zeigt, wie stark die öffentliche Aufmerksamkeit durch derartige Übungen aufgerüttelt werden kann. Die Presse bestätigt übereinstimmend, daß die Disziplin der gesamten Bevölkerung vorbildlich war und erkennen ließ, mit welch innerer Anteilnahme und mit welch großem Verständnis die Bewohner der Stadt an den Übungen teilnahmen.

1100 neue Militärflugplätze in Frankreich

Der neue französische Etat sieht Mittel zum Bau von weiteren 1100 Militärflugplätzen vor, die, über das ganze Land zerstreut, vorwiegend in der Nähe kleiner Ortschaften angelegt werden sollen, um eine völlige Dezentralisation der Bodenorganisation der französischen Militärflugzeuge herbeizuführen.

Luftschutz in Belgien

Die „Kommission der nationalen Mobilmachung" in Belgien hat der Regierung eine eingehende Denkschrift über die Organisation des zivilen Luftschutzes unterbreitet, die für eine enge Zusammenarbeit zwischen der privaten Organisation und den Behörden eintritt.

Luftschutz in Norwegen

Die Regierung von Norwegen hat eine besondere Kommission zur Organisation des zivilen Luftschutzes eingesetzt. Ihr gehören Vertreter der Regierung, Beauftragte der Feuerwehr, der Organisation der Zivilingenieure, der Ärzte, der Industrie und des Roten Kreuzes an. Zur praktischen Durchführung der notwendigen Luftschutzmaßnahmen hat sich die „Union der Freunde der nationalen Verteidigung" zur Verfügung gestellt.

Zuerst klare Begriffe in der Gasfrage!

Winke für Luftschutzübungen

Von Professor Dr. Fritz Wirth, Berlin

Die Luftschutzbewegung kann nur dann Erfolg haben, wenn sie das ganze Volk erfaßt, wenn sich das ganze Volk einen klaren Begriff über die Art und über die Größe der Gefahr gemacht hat. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Mitarbeiter der Luftschutzbewegung selbst über alle Begriffe ganz genau klar sind.

Bei der Fülle des Materials, das zur Bearbeitung steht, ist es begreiflich, daß verschiedene Begriffe noch nicht feststehen. So ist z. B. bei der Kampfstoffgefahr zwischen der Begasung (Einhüllen eines Geländeteiles mit einer Gas- oder Dampf-Luftwolke, die mit dem Winde abzieht) und der Geländevergiftung (Bespritzen einer Straße mit flüssigen Hautgiften) wohl zu unterscheiden, da Wirkungsgrad und Art der Bekämpfung grundverschieden sind. Auch die Intensität der Gefahrenquellen bei Luftangriffen ist schwankend. Als stärkste Gefahr gilt die Brisanzgefahr, dann folgt in der Einschätzung die Brandgefahr und erst zum Schlusse kommt die Gefahr, die von den chemischen Kampfstoffen herrührt. Diese Einteilung hat jedoch nur einen Sinn, wenn man sich einen bestimmten Grad der Abwehrfähigkeit und bestimmte Angriffsobjekte vorstellt. Die Einteilung der Gefahren in Klassen, in Grade, ist also stets nur eine relative. So gilt obige Reihenfolge lediglich für den Menschen im Gasschutz individueller oder kollektiver Natur, solange dieser Gasschutz als solcher wirksam ist. Es ist ferner zu bemerken, daß die Brandgefahr in der Regel nur Sachwerte bedroht, während der Mensch leichter einem Brand ausweichen kann als einer meist unsichtbaren Gaswolke.

Über die Kampfstoffmengen in der Luft bei Begasungen mit Hilfe von leichtflüchtigen Kampfstoffen macht man sich meist ganz irrige Vorstellungen. Abgesehen von der unmittelbaren Umgebung der Einschlagstelle, die natürlich stark begast wird, ist die Luft im Freien (also z. B. Straßen) stets atembar, wenn man sie durch ein Einsatzfilter neuerer Bauart, das an eine Gasmaske geschraubt wird, filtriert. Das Gefährliche ist nicht der Mangel an Sauerstoff, sondern das Vorhandensein gewisser Giftstoffe in der Atemluft.

Ein Mensch, der während einer Stadtbegasung in die meist unsichtbare und wenig konzentrierte Gaswolke kommt und todbringende Gasmengen einatmet, fühlt sich zunächst nur selten krank; er wird kaum am Boden liegen bleiben und auf den Abtransport warten, vorausgesetzt, daß er keinen Schock und keine sonstigen Verletzungen, z. B. durch

Splitter, erlitten hat. Er wird versuchen, die Gaszone so rasch wie möglich zu verlassen. Diese Tatsache wird man zweckmäßig bei „Luftschutzübungen" beachten.

Es wird bei diesen Übungen, so genial sie auch angelegt sein mögen, nie gelingen, ein Gesamtbild der Wirklichkeit mit detonierenden Bomben, einstürzenden Häusern, Bränden, unsichtbaren Kampfstoffwolken, Gelbkreuzspritzern, wobei die Rettung durch Verkehrshindernisse (Löcher in den Straßen, Häuserbrände, angeschlagene Wasser- und Gasrohre) erschwert wird, zu reproduzieren. Es ist anzunehmen, daß man mit Kleinarbeit, die allerdings auf das sorgfältigste vorbereitet werden müßte, der Wirklichkeit bedeutend näher kommen kann. Erfahrungen, aus idyllischen Übungen in der Kleinstadt gewonnen, können nur schlecht auf die Großstadt mit ihren dicht belegten Mietskasernen und auf die Industriezentren übertragen werden. Man wird sich also in der Regel auf kleinere Ausschnitte aus der Wirklichkeit beschränken müssen. Als Thema käme u. a. in Betracht: Abtransport Verletzter unter schwierigen Verkehrsverhältnissen; Entgiftung Hautvergifteter an Ort und Stelle; Brandbekämpfung bei Wassermangel bzw. bei Fehlen von Leitungswasser; Benutzung (nicht etwa Errichtung) von Sammelschutzräumen (alle diese Maßnahmen auch bei Nacht und Scheinwerferbeleuchtung!); erste Behandlung Verwundeter, Gaskranker und Hautvergifteter.

Eine Gasschutzschule

In Nürnberg wurde durch die Technische Nothilfe eine Gasschutzschule eröffnet, in welcher neben den Helfern der Technischen Nothilfe insbesondere die aktiven Helfer industrieller und sonstiger wirtschaftlicher Betriebe im Gasschutz ausgebildet werden sollen. An der Eröffnungsfeier nahmen u. a. auch Oberbürgermeister Dr. Luppe und Geh. San.-Rat Dr. Stauder teil und wiesen unter Bezugnahme auf ihre Eigenschaft als Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Luftschutz Verbandes auf die Notwendigkeit des Gas- und Luftschutzes für unser Volk eindringlich hin.

Luftschutz und Schüler

Ein Berliner Lehrer schreibt uns:

„In meinem jetzigen Unterricht (Chemie und Physik) habe ich mehrfach den Versuch gemacht, au. Luft- und besonders auf Gasschutzfragen einzugehen. Anknüpfungspunkte für solche Fragen sind im naturwissenschaftlichen Unterricht wiederholt gegeben, und besonders im Chemieunterricht lassen sich auch ohne große Mühe zur Veranschaulichung Versuche anstellen. Ich habe gefunden, daß sowohl auf der Unterstufe als auch im besonderen auf der Oberstufe solche Fragen dem lebhaftesten Interesse der Schüler begegnen."

Die Luftschutz-Bücherflut

Es vergeht fast keine Woche, in der nicht irgendein neues Werk oder zum mindesten eine neue Broschüre über Luftschutz auf den Markt geworfen wird. So erfreulich an sich der Wagemut der deutschen Verleger ist und so sehr das Anschwellen der Literatur von dem allgemeinen Interesse zeugt, das der Luftschutz in den verschiedensten Kreisen gewonnen hat, so fraglich ist doch, ob nicht des Guten zuviel getan wird und ob nicht dieser Flut an Neuerscheinungen eine Welle bitterer Enttäuschung bei zahlreichen Verlegern folgen wird. An Luftschutzbüchern mit allgemeinem Inhalt ist nach unserer Auffassung der deutsche Markt zurzeit gesättigt, wenn nicht bereits übersättigt. Neue Luftschutzbücher dürften nur dann Aussicht auf erfolgreiche Verbreitung haben, wenn sie Einzelthemen aus der großen Fülle der Luftschutzfragen vertiefen, und insbesondere, wenn sie dem Bedürfnis nach unmittelbarer praktischer Anweisung entgegenkommen.

Heiteres aus der Luftschutzbewegung

Opfer der „Gas-Psychose"

Während sich nach der Schilderung einer Erfurter Zeitung Teile der Bevölkerung dieser Stadt der Luftschutzübung gegenüber zurückhaltend oder sogar ablehnend verhielten, ist die Jugend auch in der Umgegend Erfurts offenbar mit Begeisterung bei der Sache, wie die nachfolgende, der Wirklichkeit abgelauschte Episode beweist.

Waschküche im Keller. Drinnen waltet die wackere Waschfrau. Dicke Dampfschwaden wallen durchs Fenster ins Freie.

Eine Horde Schüler strebt zu Mutters Kochtöpfen.

Einer von ihnen, als heldenhafter Draufgänger bekannt, erspäht die aus dem Kellerfenster wogenden Dämpfe. Er brüllt: „Ha, Gasangriff! Abwehrkolonne vor!" Und schon stürzt er sich mit seiner Büchermappe gegen das Fenster und hält zu. Zwei andere folgen seinem mutigen Beispiel; auch ihre Mappen werden gegen das Fenster gepreßt.

Aber die Mappen sind nicht hoch genug; über ihnen bleibt noch eine Lücke, durch die das „Gas" weiterquillt.

Die wackere Waschfrau ist von der „Gaskriegpsychose" unserer Tage noch nicht angekränkelt. Sie begreift nur, daß da drei junge Frevler die Waschküche abdunkeln. Sie nimmt den Wasserschlauch, lenkt ihn auf das Fenster, läßt ihn in dem lichten Streifen oberhalb der Mappen hin und her gehen. Sehr sachkundig, als ob sie's am Maschinengewehr gelernt hätte.

Die drei Gaskrieger lassen entsetzt ihre Mappen fallen. Zwei springen zur Seite. Der dritte, völlig verdutzt, dreht sich um und sucht seinen Kopf mit hochgehobenen Armen zu verbergen. Er macht's wie der Vogel Strauß, der in der Gefahr den Schädel in den Sand steckt. Die grausame Waschfrau richtet ihre furchtbare Waffe auf das in ihrem Schußfeld stehende Hinterviertel, bis auch diesem Knaben die Erkenntnis aufgeht, daß eilige Flucht ein Gebot der Stunde sei.

Naß die zwei. Pudelnaß der dritte. Die Mappen triefen. Und erst ihr Inhalt — die Bücher!

Was wird man daheim sagen? Drei Gaskrieger beschließen eine Ausrede: sie hätten einen Ertrinkenden aus dem Mühlgraben gerettet.

Die Eltern hocherfreut und stolz. Der Vater des einen will die Rettungsauszeichnung für seinen hoffnungsvollen Sohn beantragen.

Armer Vater, welche Enttäuschung wartet dein

Aus dem Deutschen Luftschutz Verband

Sachverständigenausschuß

Zum 7. Januar 1933 sind die für Bau- und Brandschutzfragen sachverständigen Mitglieder zur Beratung über die „Möglichkeiten der Steigerung der Feuersicherheit der Dachkonstruktionen bei bestehenden Gebäuden und bei Neubauten" geladen. Die Sitzung findet in den Räumen des DLSV statt.

Ortsgruppen-Führerlehrgang

In der Zeit vom 30. Januar bis einschließlich 4. Februar 1933 führt der DLSV einen Lehrgang für in der Leitung der OG tätige Mitglieder im Polizeiinstitut für Technik und Verkehr in Berlin durch. An dem Lehrgang können auch Persönlichkeiten aus der kommunalen Verwaltung sowie andere Persönlichkeiten im Einvernehmen mit der zuständigen OG teilnehmen. Näheres ist bei den OG zu erfahren.

Gasschutzlehrgang für Frauen

Am 5. und 6. Januar 1933 findet in der Gasschutzschule in Oranienburg ein Lehrgang des DLSV für Frauen statt. Die Beteiligung ist kostenfrei. Es wird lediglich für einen Mittagsimbiß, der während der Mittagspause gereicht wird, sowie für Instandhaltung, Reinigung und für den Verschleiß der Gasschutzgeräte während der praktischen Übungen eine Teilnahmegebühr von 5 Reichsmark für die Dauer des zweitägigen Lehrgangs erhoben. Für auswärtige Teilnehmer stehen in einem einfachen, aber guten Hotel in Berlin Zimmer zum Preise von 3,50 und 4 Reichsmark oder Privatzimmer in Oranienburg zum Preise von 2 Reichsmark zur Verfügung. Anträge auf Quartierversorgung müssen bei der Anmeldung zum Lehrgang gestellt werden.

Der Lehrgang beginnt jeweils 9.30 Uhr vormittags. Anmeldungen sind an den DLSV, Berlin NW 40, In den Zelten 22, zu richten.

Ein Werbeplakat für die Wanderausstellung des DLSV in Aachen.

Luftschutzlehrgang für Lehrer und Lehrerinnen

Die Ortsgruppe Hannover des DLSV hat durch Vermittlung des Provinzial-Schulkollegiums und des Philologenvereins der Provinz Hannover die Vorbereitungen zur Veranstaltung eines Luftschutzlehrganges für Lehrer und Lehrerinnen der höheren Schulen Hannovers vorbereitet. Es werden in einer zusammenhängenden Reihe von Vorträgen sprechen: Generalleutnant a. D. Streccius über „Luftschutz auf dem Wege der Abrüstung", Professor Dr. Danckwortt von der Tierärztlichen Hochschule über „Die Chemie der Kampfgase", Polizeioberstleutnant Fröhlich über „Flugmelde- und Warndienst", Regierungsbaurat Grenzebach über „Bau und Verkehr", Oberregierungsmedizinalrat Dr. Lambert über „Hilfeleistungen bei Luftangriffen", Branddirektor Effenberger über „Wirkung von Bomben und Bekämpfung der Brandbomben", Brandoberingenieur Schmidt über „Technik des Gasschutzes"

Die Lehrgänge sollen im Laufe der Zeit wiederholt, der Kreis der Hörer soll allmählich erweitert werden.

Bandfilm

Der DLSV hat zwei Bandfilmstreifen mit etwa je fünfzig Einzelbildern und die dazugehörigen Vorträge anfertigen lassen. Die Bandfilme kosten einschließlich Manuskript für den Vortrag je 2,50 Reichsmark. Bandfilme können beliebig oft benutzt werden. Die Vorträge befassen sich mit dem Thema „Luftgefahr und Luftschutz in Deutschland". Weitere Bandfilme sind in Vorbereitung.

Luftschutz-Wanderausstellung

Die Luftschutzausstellung in Aachen hatte einen großen Erfolg. Infolge der starken Nachfrage anderer Städte nach dem Ausstellungsmaterial konnte die Ausstellung nur 14 Tage lang in Aachen gezeigt werden. Trotz dieser kurzen Zeit betrug die Zahl der Besucher etwa 7500 Personen. Dies entspricht einem Durchschnittsbesuch von mehr als 500 Personen je Tag. Die Aachener Presse ließ es sich besonders angelegen sein, immer wieder auf die Bedeutung der Ausstellung hinzuweisen. Zu dem Erfolg trug auch die Ankündigung der Ausstellung durch Herumtragen von Schildern in allen Straßen der Stadt und die Veranstaltung eines Konzerts der Schutzpolizei in der Hindenburgstraße vor dem Hotel Kaiserhof bei, in dessen Festsälen die Ausstellung untergebracht war. Auf Veranlassung der Stadtverwaltung wurde auch den Arbeitsdienstpflichtigen in Gruppen die Ausstellung unter Leitung des Verkehrsamts und des Polizeihauptmanns Thorn gezeigt.

Anfang Dezember wurde die Ausstellung nach Bonn überführt und dort am 3. Dezember im Rhenaniahaus durch den Oberbürgermeister der Stadt in Gegenwart des Vertreters des Regierungspräsidenten eröffnet. An der Eröffnung nahmen außerdem die Vertreter der Universität und der zahlreichen in Bonn ansässigen Organisationen und Verbände teil.

Das Material der Ausstellung konnte inzwischen noch ergänzt werden, so daß auch diejenigen Besucher, die die Ausstellung bereits in Köln im Laufe des Sommers 1932 besichtigt hatten, neue Anregungen erhielten.

Von besonderem Interesse ist der in der Bonner Ausstellung aufgestellte Sammelschutzraum. Er veranschaulicht in eindringlicher Weise, wie mit einfachen Mitteln ein gas- und splittersicherer Raum hergestellt werden kann. Seine Einrichtung besteht aus einem Tisch, einer Anzahl Bänke und Schemel, einem elektrischen Kocher, einer großen Wasserflasche mit Gläsern, einem Radiogerät, einer elektrischen Notlampe mit Akkumulatorenbatterie, einem Sanitätskasten, einem Notklosett. Außerdem sind Hacken, Schaufeln, Spaten, Brechstangen und andere Werkzeuge bereitgestellt.

Die Werbung für die Wanderausstellung in Bonn erfolgte in engem Einvernehmen mit dem Verkehrsamt unter Mitwirkung der Bonner Jungflieger, die in den größeren Städten und Gemeinden des Landkreises Bonn und Siegen Flugblätter mit einem Hinweis auf die Ausstellung abgeworfen haben.

Brandsatz-Instruktionskasten

Die chemische Fabrik Hugo Stolzenberg hat einen Instruktionskasten mit Brandsätzen verschiedener Größe und verschiedener Zusammensetzung herausgebracht. Die im Brandkasten enthaltenen Materialien sind gut geeignet zu experimentellen Vorführungen anläßlich von Luftschutzvorträgen.

Richtlinien für die ärztliche Untersuchung zur Verwendung im Gasschutzdienst.

Das Deutsche Rote Kreuz hat Richtlinien herausgebracht, die den Ärzten als Unterlage zur Feststellung der Tauglichkeit zum Sanitäts-Gasschutzdienst dienen. Wenn auch die Anforderungen, die an die im aktiven Luftschutzdienst stehenden Sanitätsmannschaften gestellt werden müssen, höher sind als die Anforderungen an den Gesundheitszustand der im passiven Luftschutz befindlichen Bevölkerung, verdient doch die Frage der ärztlichen Untersuchung auf die Tauglichkeit zur Übung mit Gasmasken Beachtung. Wir empfehlen daher allen Ortsgruppen, sich mehrere Exemplare dieser Richtlinien beim Roten Kreuz oder beim Vorstand des DLSV zu beschaffen.

„Gasschutz und Luftschutz"

Aus dem Inhalt des Novemberheftes 1932: Die Luftschutzübung in Kiel. — Die ersten Anfänge eines zivilen Gasschutzes im Weltkriege. — Wirkung von Sprengbomben. — Technik des Gasschutzes: Beobachtungen bei der Prüfung von Nebelfiltern. Sonderbeilage über chemische Kampfstoffe. — Subjektive oder objektive Gesichtsfeldmessungen. — Referate. — Literatur.

Aus dem Inhalt des Dezemberheftes 1932: Der Chemiker im Luftschutz. — Garagen im Luftschutz. — Erkennung von Giftgasen und chemischen Kampfstoffen durch menschlichen Geruchsinn. — Aufstellung von Feuerwehr- und Aufräumungstrupps für Luftschutzzwecke. — Kanalisationsbetriebe und Luftschutz. — Das tragbare Warngerät. — Auslandsnachrichten. — Luftschutz für grenznahe Orte. — Aus der Luftschutzbewegung. — Der Ausdruck „Gasmaske". — Gasgefahren des täglichen Lebens. — Deutsches Rotes Kreuz. — Technische Nothilfe. — Literatur. — Lösung des Preisausschreibens. — Patente und Gebrauchsmuster. — „Gasschutz und Luftschutz" kann durch den DLSV bezogen werden.

Aus den Ortsgruppen

Aachen:

Im Anschluß an die Luftschutzausstellung, über deren Erfolg an anderer Stelle der „Luftschutz-Rundschau" berichtet wird, ist in Aachen ein Ausschuß zur Vorbereitung einer Ortsgruppe ins Leben getreten. Die Vorbereitungen leitete Professor Dr. Schleicher von der Technischen Hochschule, der auch zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt wurde. Die OG wird im Januar gegründet werden.

Aschaffenburg:

Die OG Aschaffenburg hat einen Veranstaltungsplan für das ganze Winterhalbjahr festgesetzt. Es finden in der Zeit vom 24. November bis 5. Mai insgesamt neun öffentliche Vorträge über Luftschutz, moderne Luftwaffen und aktive Abwehr, industriellen Luftschutz, Giftgase und ihre Wirkung, Einzelgasschutz, Sammelschutz und Feuerschutz und sonstige Fragen aus dem umfangreichen Gebiet des Luftschutzes statt. Die ersten Vorträge wurden im Deutschhaus veranstaltet und fanden lebhafte Teilnahme.

Berlin:

Am 3. Dezember v ranstaltete die Berliner Ärztekammer im Herrenhaus eine Tagung, die ausschließlich der Erörterung der Mitwirkung der Ärzte beim Gasschutz gewidmet war. Die Referate erstatteten Privatdozent Dr. Gillert, Mitglied des Sachverständigenausschusses des DLSV, und Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. Buch. Es wurde folgende Entschließung angenommen

„Zu den Gefahren und Schäden an der Volksgesundheit ist in letzter Zeit die Möglichkeit einer Luftgefahr hinzugekommen. Ob und wann sie jemals eintreten kann, läßt sich nicht übersehen. Es ist Pflicht jedes Arztes, sich mit dem Wesen und den Wirkungen hierdurch bedingter Schäden sowie mit den Heilmaßnahmen vertraut zu machen, damit die Bevölkerung die beruhigende Überzeugung hat, daß sie zur rechten Zeit sachgemäße Hilfe bei den Ärzten findet. Die Ärztekammer fordert die Ärzteschaft auf, diesem neuen Pflichtenkreis dauernd ihre Aufmerksamkeit zu schenken und die vorbereitenden Hilfsmaßnahmen der Behörden im Verein mit privaten Organisationen durch Mitarbeit zu unterstützen (Arbeitsgemeinschaften).

Die Ärztekammer für Berlin hält es ferner angesichts der wehrlosen Lage Deutschlands für unabweislich, daß seitens der Staatsbehörden alles Mögliche geschieht, um die furchtbaren Gefahren und Folgen eines Luftkrieges gegen die deutsche Bevölkerung abzuwehren. Sie hält die Organisierung eines umfassenden Schutzes gegen den Gaskrieg auf breitester Grundlage für erforderlich und begrüßt die bereits in dieser Richtung von den öffentlichen Stellen ergriffenen Maßnahmen. In diese Organisation ist die Ärzteschaft in weitestem Ausmaß einzugliedern. Die Ärzteschaft ist für diese Aufgabe durch aufklärende und belehrende Kurse vorzubereiten, damit sie selber zur Aufklärung und Unterweisung anderer Kreise der Bevölkerung befähigt werde.

Indem die Ärztekammer für Berlin sich in den Dienst dieser vaterländischen Aufgabe stellt, hält sie es gleichfalls für Pflicht des ärztlichen Gewissens, laut vor der gesamten Öffentlichkeit ihre tiefe Abscheu vor den Mitteln des modernen Gaskrieges zu erklären, deren Anwendung mit ihren entsetzlichen Begleitumständen den elementarsten Forderungen der Menschlichkeit zuwider ist. Sie fordert die gesamte Öffentlichkeit der Kulturwelt, voran die Ärzte aller Länder, auf, zum Kampf gegen die Verübung von Kriegsgreueln, die im Ernstfalle mit der menschlichen Kultur und Zivilisation große Teile der Menschheit vom Erdboden vertilgen würden.

*

Am 8. Dezember erläuterte Dr. Lepsius, der Schriftführer des Sachverständigenausschusses des DLSV, vor dem Bezirksverband Berlin und Brandenburg des Vereins Deutscher Chemiker Fachfragen aus dem Gebiet des Gas- und Luftschutzes, an den sich eine Besichtigung des Schutzraumes des Stahlhelms in der Fidicinstraße 2 anschloß.

Am 29. November wurde im Polizeiinstitut für Technik und Verkehr ein Kursus für 60 Studenten und Studentinnen der Universität Berlin abgehalten. Zum Abschluß sprach der Mitarbeiter des DLSV, Oberleutnant a. D. Ewert, über Luftgefahr und Luftschutzmöglichkeiten in Deutschland.

Von demselben Redner wurde am 30. November im Haus der Technik ein Lichtbildervortrag über das gleiche Thema gehalten, an dem etwa 600 Personen, darunter der Leiter der höheren technischen Lehranstalt der Beuthschule, in deren Räumen der Vortrag veranstaltet wurde, teilnahmen. Die Lehranstalt der Beuthschule beabsichtigt im Frühjahr des kommenden Jahres eine öffentliche Luftschutz-Schauübung abzuhalten.

Am 2. Dezember schilderte der Leiter der Werbeabteilung der OG Berlin, Weinandt, in der Jahresversammlung des Bürgerbundes Lichterfelde die Notwendigkeit der Durchführung von Luftschutzmaßnahmen. Es wurde die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der weiteren Arbeiten in Lichterfelde beschlossen.

Am 11. November hielt der Leiter der Abschnittsgruppe Pankow-Reineckendorf, Cäsar Kolley, im Haus- und Grundbesitzerverein, am 5. Dezember vor dem Kriegerverein im Konzerthaus in Pankow einen Vortrag.

Am 3. Dezember sprach der Leiter der Abschnittsgruppe Schöneberg-Friedenau, Kapitänleutnant a. D. Eckart Schmidt im Friedenauer Marineverein und am 9. Dezember im Krieger- und Landwehrverein in Friedenau. Vorträge im Hausbesitzerverein in Schöneberg und im Ärzteverein Schöneberg folgen.

Das Mitglied des Präsidium des DLSV, Archivrat Großkreutz, sprach am 6. Dezember im Flakverein vor zahlreichen geladenen Gästen und Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden über „Die staatspolitische Bedeutung des Luftschutzes".

Ferner hat Archivrat Großkreutz vor den Vertretern des Kreiskriegerverbandes Teltow in den Kammersälen über den zivilen Luftschutz gesprochen.

Am 3. Dezember hielt Architekt Verhülsdonk, Mitarbeiter der OG Berlin des DLSV, im Kriegerverein Zehlendorf und am 5. und 6. Dezember im Kriegerverein Lichtenrade je einen Lichtbildervortrag. Er hielt außerdem vom 17. bis 19. November in Straßburg (Uckermark), Leppin bei Mirow, Neustrelitz und Schönberg bei Lübeck Aufklärungsvorträge über Luftschutz.

Vor der „Wehrwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft" hat Geisler über „Fortschritte der Luftschutzarbeit", ferner vor den Führerinnen sämtlicher Berliner Hausfrauenvereine über die Luftgefahr und die Möglichkeiten der Mitwirkung der Frau im Luftschutz und außerdem im Kriegerverein Berlin-Eichwalde über „Luftschutz als Volksschutz und Selbstschutz" gesprochen.

Am 12. Dezember fand vor Vertretern und Angestellten zahlreicher industrieller Betriebe in Berlin-Schöneweide ein Lichtbildervortrag statt, den unser Mitarbeiter Ewert hielt. Einen gleichen Vortrag hielt er am 16. Dezember im Rahmen eines bei der Polizeiinspektion Charlottenburg veranstalteten Kurses für die Helfer der Technischen Nothilfe, an dem insbesondere Angestellte der Siemens-Werke teilgenommen haben.

Bielefeld:

Die OG Bielefeld wurde am 5. Dezember nach eingehender Vorbereitung durch Presseartikel gegründet.

Braunschweig:

Am 11. November berichtete der Vorsitzende der OG, Brandinspektor Kundler, in einem Vortrag über die Vorarbeiten zur Luftschutzübung. Im Umkreis der Stadt Braunschweig sind zahlreiche Wachtürme als Flugbeobachtungsstellen eingerichtet worden. Für das Flugwachkommando wurde ein besonderer bomben- und gassicherer Keller errichtet. In einer früheren Brauerei ist eine Luftschutzschule und ein Luftschutzmuseum eröffnet worden. An die öffentlichen Warnstellen sind bereits 70 behördliche und private Stellen angeschlossen.

Am 27. November veranstaltete die OG im „Hofjäger", dem größten in Braunschweig verfügbaren Saal, ihre erste öffentliche Kundgebung. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden setzte sich Oberregierungsrat Voigt, der Dezernent für Luftschutz in der Landesregierung, mit Einwendungen auseinander, die kurz vorher in einem Teil der Presse erschienen waren. Er betonte, daß Luftschutz eine Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrt ist und in erster Linie der Arbeiterschaft zugute kommen würde und wies darauf hin, daß die Vorbereitung des zivilen Luftschutzes sowohl in Preußen wie in Braunschweig während der Amtszeit politisch links stehender Minister in Angriff genommen wurde. Den Hauptvortrag hielt Dr. Gassert unter Vorführung eindrucksvoller Lichtbilder und mehrerer Filme. Eine Turnriege der Schutzpolizei führte unter Gasmaske eine Reihe von Turnübungen am Reck vor, die reichen Beifall fanden.

Bremen:

In Bremen hat der vorbereitende Ausschuß, dem die Herren Landgerichtsdirektor a. d. Dr. Wilkens, Syndikus Dr. Gebert u. Dipl.-Ing. Müller angehören, die Gründungsversammlung für die OG in der Weihnachtswoche anberaumt.

Cottbus:

Nach eingehender Vorbereitung durch unser Mitglied, den Stadtverordneten Zerna, fand auf Einberufung von Major a. D. Michaelis am 12. Dezember im großen Saal des Hotels Weißes Roß die Gründungsversammlung der OG statt. Zum Vorsitzenden wurde der Einberufer, Major a. D. Michaelis, zum Geschäftsführer Mitglied Zerna gewählt.

Dortmund:

Der vorbereitende Ausschuß hat beschlossen, die Wanderausstellung des DLSV Anfang Januar nach Dortmund zu übernehmen. Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung wird die Ortsgruppe des DLSV gegründet werden.

Düsseldorf:

Die OG Düsseldorf beschloß in ihrer Vorstandssitzung vom 28. November, Anfang 1933 eine Kundgebung zu veranstalten. Die ehrenamtliche Geschäftsführung hat der bekannte frühere Heimatluftschutzleiter Roskoten übernommen.

Erfurt:

Die OG Erfurt hat, ähnlich wie die OG Magdeburg, durch Anschlag von Plakaten an allen Plakatsäulen und durch Verteilung von Flugblättern und Aufklärungsschriften an der Vorbereitung der Luftschutzübung teilgenommen.

Die erste große Aufklärungsveranstaltung der OG hat am 9. Dezember stattgefunden und war stark besucht. Der Vorsitzende der OG, Dr. Wehrenpfennig, konnte zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden begrüßen, unter denen sich auch der Polizeipräsident befand. Zunächst zeigte ein Film über Luftrüstungen des Auslandes die Entwicklung der Fliegerwaffen. Dann legte das Mitglied des Vorstandes des Verbandes Geisler die Notwendigkeit dar, sich auf die Konsequenzen dieser Entwicklung mit Schutzmaßnahmen einzustellen, um unserem Volke wie einem modernen Volk den höchsten Grad der Sicherheit geben zu können. Polizeihauptmann Prützmann, Sachbearbeiter beim Polizeipräsidium, berichtete über die behördliche Organisation des zivilen Luftschutzes.

Branddirektor Bottke zeigte das Modell einer Brandbombe und verschiedene Gasschutzgeräte. In einem Schlußwort faßte Geisler das Ergebnis der Vorträge zusammen zu der Erkenntnis, daß es im Interesse jedes einzelnen Deutschen — ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses — liegt, Mitglied im DLSV zu werden, um sich und seine Familie unterrichten und in einem hoffentlich niemals eintretenden — leider aber möglichen — Ernstfalle sachgemäß verhalten und schützen zu können.

Frankfurt a. M.:

Die OG Frankfurt am Main hat bei Schulen, Verbänden und Korporationen Vorträge veranstaltet und ihren Pressedienst ausgebaut.

Freiburg i. Br.:

Die Ortsgruppe Freiburg bereitet in vier an Brennpunkten des Verkehrs gelegenen Buchhandlungen eine Schaufensterpropaganda vor, wie sie in ähnlicher Weise bereits im Herbst dieses Jahres z. B. die Buchhandlung Weise in Stuttgart gegenüber dem Hauptbahnhof durchgeführt hat.

An der Volkshochschule veranstaltet Dr. Klumb, ein besonders tätiges Mitglied der OG, einen Vortragszyklus über Gasgefahr und Gasschutz, der gut besucht ist.

Am 15. Dezember sprach Dr. Rudigier im Hörsaal I der Universität. Die maßgebenden Behörden haben an dem Vortrag teilgenommen.

Görlitz:

Die OG Görlitz veranstaltete am 21. November im „Tivoli" einen Experimentalvortrag des Professors Dr. Meyer von der Universität Breslau unter Vorführung zahlreicher Experimente zur Veranschaulichung der Wirkung verschiedener Kampfstoffe.

Hamm i. W.:

Am Tage nach der Kundgebung, über die wir bereits in der vorausgegangenen Nummer berichteten, wurde in Hamm eine Luftschutzübung veranstaltet, an der sich auch die Bevölkerung beteiligte. Trotzdem kommunistische Flugblätter gegen den zivilen Luftschutz verteilt worden waren, verlief die Übung, die unter der Leitung des Polizeimajors Küllmer stand und in wochenlanger Arbeit sorgfältig vorbereitet worden war, ohne jede Störung. Die große Kundgebung des DLSV und seine Flugblattaufklärung hatten den Boden psychologisch vorbereitet.

Hamburg:

Die OG Hamburg hat im Monat November in zahlreichen Aufklärungsvorträgen, insbesondere in den Bürgervereinen der verschiedenen Stadtteile, der praktischen Luftschutzarbeit vor allem in den Reihen der Hausbesitzer den Boden geebnet.

Am 8. Dezember wurde eine öffentliche Kundgebung veranstaltet, auf der Generalleutnant a. D. Streccius, der Vorsitzende der OG Hannover, Professor Dr. Brauer, und der Ortsgruppenvorsitzende v. Bitter sprachen. Die Versammlung war stark besucht und bildete eine sehr eindrucksvolle Kundgebung der Bevölkerung für den Luftschutz, auf die wir noch zurückkommen.

Halle:

Im Zusammenhang mit der mitteldeutschen Luftschutzübung veranstaltete die OG am 19. November eine Kundgebung. Der etwa achthundert Personen fassende Saal war gut besetzt, obwohl an demselben Abend verschiedene Gedenkfeiern für die im Felde Gefallenen stattfanden. Geisler vom Vorstand des DLSV sprach über „Luftschutz als Volksschutz und Selbstschutz". Danach wurde ein Film über Rüstungen des Auslandes gezeigt.

Hannover:

Zur Einleitung der örtlichen Luftschutzübung in Hannover veranstaltete die OG am 23. November in den städtischen Ausstellungshallen eine Kundgebung. Unter den über 1000 Teilnehmern befanden sich neben Vertretern des Reichsministeriums des Innern und der sonstigen an der Luftschutzübung beteiligten Behörden auch Oberpräsident Noske und Regierungspräsident von Velsen. Nach Einführungsworten des Vorsitzenden der OG, Generalleutnant a. D. Streccius, sprach F. Geisler über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Luftschutzes, insbesondere darüber, daß einmal ein Krieg anderer Mächte auf deutschem Boden ausgekämpft werden und Luftschutz gegen Angriffe von beiden Seiten der Kriegführenden notwendig sein könnte.

Die örtliche Luftschutzübung am 24. November umschloß u. a. die Räumung des Großkaufhauses J. W. Sältzer. In 90 Sekunden nach dem Alarm waren die Verkaufsräume von Käufern und Verkäufern frei. Die reibungslose und schnelle Durchführung der Räumung war vor allem der verständnisvollen Mitarbeit der Angestellten zu verdanken, die durch einen eingehenden Vortrag des Vorsitzenden der OG über die Bedeutung der Luftschutzübung aufgeklärt worden waren.

Der Vorsitzende der OG sprach weiterhin am 29. November vor der Vereinigung ehemaliger Schüler der Oberrealschule an der Lutherkirche.

Am 13. November hielt er auf Einladung des DOB. Hildesheim dort einen Aufklärungsvortrag.

Am 6. Dezember berief die OG durch Vermittlung des Provinzial-Schulkollegiums und des Philologenvereins der Provinz Hannover die Lehrer und Leiter der höheren Schulen in die Aula am Georgsplatz. Der Vorsitzende der OG erläuterte an Hand anschaulicher Lichtbilder die Notwendigkeit, angesichts der Luftgefahr „luftgeopolitisch" zu denken und zu handeln. Es wurde beschlossen, im Januar kommenden Jahres einen Lehrgang für Lehrer und Lehrerinnen der höheren Schulen einzurichten, um sie instand zu setzen, ihrerseits den Luftschutzgedanken innerhalb der Schulen zu fördern.

Harburg-Wilhelmsburg:

Die erste öffentliche Aufklärungsversammlung am 25. November fand in der Friedrich-Ebert-Stadthalle statt. Sie war von nahezu 1200 Personen besucht. Den Hauptvortrag hielt Generalleutnant a. D. Streccius, Hannover.

Heidelberg:

Die Ortsgruppe Heidelberg hat auch im November ihre Vortragstätigkeit fortgesetzt. Ekert und Knab sprachen im Arbeiterbildungsverein, ferner vor dem Akademisch-wissenschaftlichen Kreisamt im größten Hörsaal der Heidelberger Universität unter lebhafter Teilnahme der Studentenschaft. Es sind Bemühungen im Gange, um an der Universität ein Luftschutzseminar einzurichten.

Herne i. W.

Zur Vorbereitung der Gründung einer OG in Herne in Westfalen hat Rechtsanwalt und Notar Dr. Hohmann eine Lichtbildervortragsreihe über die verschiedenen Fragen des zivilen Luftschutzes begonnen. Zwei Vorträge haben bereits stattgefunden, die gut besucht waren. Die Presse hat eingehend berichtet.

Karlsruhe:

In einer Zusammenkunft der Vertreter der zur Mitwirkung im zivilen Luftschutz bereiten Karlsruher Vereine am 29. November berichtete der mit der Gründung der OG beauftragte Major a. D. v. Laer über die bisher unternommenen Schritte und insbesondere über die erfolgte Verständigung mit der badischen Luftschutzbehörde. Danach legte Geisler vom Vorstand des DLSV die Notwendigkeit des Luftschutzes und der Mitwirkung der Zivilbevölkerung im Rahmen einer privaten Organisation im Interesse des Selbstschutzes jedes einzelnen dar. In einer regen Aussprache wurden auch die bekannten Einwände eines Teiles der pazifistischen Bewegung vorgetragen, wonach die Luftschutzbewegung nur ein Ausfluß der gewerblichen Interessen der Giftgas- und Gasmaskenindustrie sei. Geisler schilderte daraufhin die tatsächlichen Zusammenhänge in so überzeugender Weise, daß die Versammlung mit der einmütigen Feststellung geschlossen werden konnte, daß die Luftschutzarbeit dringend vonnöten ist. Die zahlreichen vertretenen Vereine erklärten ihre Mitwirkung und auch die Übernahme der ihnen angetragenen Ämter im erweiterten Vorstand der OG. Die OG wurde am 12. Dezember gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Major a. D. von Laer gewählt.

Sämtliche badischen OG des DLSV sind zur Vermeidung einer Überorganisation selbständig, jedoch hat die OG Karlsruhe die Aufgabe, die Interessen des DLSV und damit auch die sämtlicher badischer OG des DLSV bei der badischen Regierung zu vertreten.

Kassel:

Im Rahmen der mitteldeutschen Luftschutzübung berief der vorbereitende Ausschuß die Mitglieder des Deutschen Luftschutz-Verbandes zur Gründung einer OG, zu deren Vorsitzenden Generalleutnant a. D. Fett gewählt wurde. Stellvertretender Vorsitzender ist Oberregierungs- und Medizinalrat Viereck.

Am 24. November veranstaltete die OG eine stark besuchte Kundgebung, in welcher Dr. Pfeiffer die Gründung der OG und die Zusammensetzung des Vorstandes bekannt gab. Dann sprach Geisler vom Vorstand des DLSV über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Luftschutzes und insbesondere über die Selbstschutzmöglichkeiten. Ein eindrucksvoller Film zeigte Luftrüstungen des Auslandes. Der Redner beantwortete am Schluß einige kritische Fragen aus der Versammlung. Die Kundgebung war auch vom Polizeipräsidenten und anderen Vertretern staatlicher und kommunaler Behörden besucht und hat einen für die Aufklärungs- und Werbearbeit nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Kiel:

Die OG Kiel hat ein Ehrenpräsidium mit Oberpräsident Dr. Thon an der Spitze gebildet und meldet ständig neuen Mitgliederzugang.

Köln:

Mitte November veranstaltete die OG Köln ihre dritte Mitgliederversammlung, auf welcher Privatdozent Dr. Wizinger, Bonn, einen Lichtbildervortrag über die Probleme des Gaskrieges hielt. Der Vortragssaal war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die erste große öffentliche Aufklärungskundgebung fand am 25. November in der Bürgergesellschaft statt. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden v. Hachenburg schilderte Amtsgerichtsrat Dr. Cordi kurz die Entstehung und Ziele der OG Köln. Den Hauptvortrag hielt Geisler, worauf ein Film über Luftrüstungen des Auslandes folgte. Der Vortragssaal, der über 600 Personen faßt, war voll besetzt. Vertreter sämtlicher Behörden und zahlreicher Vereine und Verbände aller Richtungen, unter ihnen auch der Gewerkschaften, nahmen an der Veranstaltung teil, die ein großer Erfolg der OG war.

Leipzig:

Die OG Leipzig hat unter Führung der Frau Cramer-von Clausbruch eine besondere Frauengruppe geschaffen. Branddirektor Voigt führte durch einen Aufklärungsvortrag die Beteiligten in das Aufgabengebiet des Luftschutzes ein. Die OG veranstaltet Ausbildungslehrgänge für Frauen im Hörsaal der Berufsfeuerwehr. Die Lehrgänge umfassen je 3 Abende zu je 2 Stunden. Am Schluß eines jeden Lehrganges wird eine praktische Übung unter Gasschutzgeräten im Gasraum der Feuerwehr veranstaltet. Weitere Kurse finden mit Beginn des neuen Jahres statt.

Die Bezirksgruppe Leipzig hat eine OG des DLSV in Grimma gegründet.

Magdeburg:

Die Ortsgruppe Magdeburg mußte unmittelbar nach ihrer Gründung während der Luftschutzübung tätig auftreten. Sie hat am Morgen des 17. November durch große, ansprechende Plakate an allen Plakatsäulen die Bevölkerung Magdeburgs auf die Luftschutzübung hingewiesen. Zahlreiche stellungslose Ingenieure, die durch weiße Armbinden mit rotem L und rotem Punkt auf weißem Feld in rotem Kreis gekennzeichnet waren, verteilten Flugblätter und Aufklärungsschriften, die der DLSV zur Verfügung gestellt hatte. Die größte Buchhandlung Magdeburgs hatte ihre Schaufenster mit Luftschutzliteratur und geeigneten Bildern und Plakaten ausgestattet. In den Schaufenstern zahlreicher Geschäfte wurden kleinere Luftschutzplakate angebracht.

Die OG hat im Hause der Hauptfeuerwache eine Beratungsstelle eingerichtet, auf die bereits am Haupteingang eine große Schautafel hinweist.

Am 8. Dezember führte der Vorsitzende der OG, Branddirektor Stein, auf dem Grundstück der Kohle A.-G. Brandsätze und ihre Wirkung auf verschiedene brennbare Stoffe, sowie Brandlöschungsversuche und Proben mit imprägnierten unbrennbar gemachten Materialien im Rahmen einer Veranstaltung des Verbandes Technisch-wissenschaftlicher Vereine, vor.

Anläßlich der 5. Bundestagung des Deutschen Frauendienstes sprach am 26. 11. der OG-Vorsitzende über die Mitwirkung der Frau im zivilen Luftschutz.

Mannheim:

Am 29. November fand unter dem Vorsitz des Dipl.-Ing. Direktor Schraeder im alten Rathaus die erste Vortragsveranstaltung der OG vor den Führern eingeladener Vereine statt. Auch staatliche und städtische Behörden waren besonders zahlreich vertreten. Es sprachen F. Geisler und Branddirektor Mikus. Ferner wurde ein Film über die Luftrüstungen des Auslandes und Lichtbilder gezeigt. Die Veranstaltung hat einen ausgezeichneten Eindruck in der Presse aller Richtungen und bei den Teilnehmern erweckt.

München:

Der südbayerische Landesleiter, Hauptmann a. D. Stark, hat in zahlreichen Besprechungen und im Einvernehmen mit den verschiedenen Kreisregierungen und Bezirksämtern den Boden für die Gründung neuer Ortsgruppen vorbereitet. Im Sachverständigenausschuß sprachen: Regierungsobermedizinalrat Dr. Frankau über praktische Erfahrungen an Gaserkrankten im Felde und Baurat Thürauf von der Branddirektion über die Entwicklung und Behandlung der Gasschutzgeräte bei der Münchener Berufsfeuerwehr.

Vor den Schulleitern der städtischen Schulen Münchens hielt der Landesleiter einen Vortrag über die besonderen Aufgaben der Schulen im Dienste des Luftschutzes. Gelegentlich einer Kommandanten- und Führerversammlung der Freiwilligen Feuerwehren des Bezirkes Wasserburg wurde vom Landesleiter auf die Wichtigkeit und die Notwendigkeit der Ausbildung und Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehren für den Gasschutz hingewiesen.

Im Januar wird die Ausstellung des DLSV in München gezeigt und im Zusammenhang damit eine großzügige Aufklärung der Bevölkerung und die Verbreitung der „Anweisungen für Hausbewohner" organisiert werden.

Nürnberg:

In einer Konferenz von Vertretern der Münchener und der Nürnberger Gruppenleitungen mit dem Mitglied des Vorstandes F. Geisler, Berlin, am 1. Dezember wurden die Richtlinien für die Arbeit der nächsten Zeit für Bayern vereinbart.

Oldenburg:

Die Gründungsversammlung der OG Oldenburg fand am 28. November im Sitzungssaal der Handelskammer statt. Die Vorarbeit hatte Rektor Hirt, der Leiter des Hindenburg-Polytechnikums, geleistet. In der Gründungsversammlung referierte Studienbaurat Büttner über Luft- und Gasschutzmaßnahmen. Zum Vorsitzenden wurde Rektor Hirt gewählt.

Osnabrück:

In Osnabrück traten nach eingehender Vorbereitung durch Generalleutnant a. D. Grimme, Vorsitzenden des Flakvereins und Mitglied des Präsidiums des DLSV etwa 100 Vertreter aller Bevölkerungskreise am 15. November zur Gründung einer OG zusammen. Den Vorsitz der OG übernahm Oberbürgermeister Dr. Gärtner.

Pfalz:

In einer am 30. November stattgefundenen Zusammenkunft von Vertretern aus allen pfälzischen Städten, vor denen Geisler vom Vorstand des DLSV über die Notwendigkeit und die Aufgaben von Ortsgruppen des DLSV gesprochen hat, wurden die Vorbereitungen zur Bildung von OG des DLSV in allen Städten der Pfalz vereinbart.

Potsdam-Nowawes:

Am 5. Dezember hat auf Einladung der OG eine gut besuchte Versammlung der Vertreter fast aller für die Mitarbeit geeigneter Potsdamer Vereine stattgefunden, in welcher Polizeipräsident v. Zitzewitz die Gründung der OG des DLSV zunächst begrüßte und die Vertreter der Vereine bat, im erweiterten Vorstand der OG mitzuarbeiten. Der Vorsitzende der OG, Landrat a. D. v. Massow, konnte die einmütige Zustimmung der Vertreter der Vereine zur Mitarbeit und auch zur Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes feststellen, der ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt ist. Über die Aufgaben der OG sprach dann Geisler vom Vorstand des DLSV.

Quedlinburg:

Auf die Einladung des Oberbürgermeisters Drache und des Mittelschulrektors Stoye fand am 17. November im großen Saal des Kaiserhofes die Gründungs- und erste Mitgliederversammlung der OG statt. Zum Vorsitzenden wurde Mittelschulrektor Stoye gewählt.

Regensburg:

Die OG (Vorsitzender General a. D. von Unruh) berief am 1. Dezember die Lehrkräfte der Hochschule, der staatlichen und städtischen Lehranstalten und der Volksschulen zu einem Aufklärungsvortrag mit Lichtbildern.

Nachdem der Luftschutzreferent der Regensburger Polizeidirektion auf die Wichtigkeit der Mitarbeit der Schulen beim Aufbau des zivilen Luftschutzes hingewiesen hatte, sprach Hauptmann a. D. Stark von der Landesleitung München über das Thema „Warum brauchen wir zivilen Luftschutz?" „Was ist ziviler Luftschutz?" Er wies besonders eindringlich auf die große Verantwortung hin, die auf den Erziehern und Betreuern der deutschen Jugend liegt. Verantwortliche Persönlichkeiten würden sich einer kaum tragbaren Gewissensbelastung aussetzen, wenn sie sich einmal den Vorwurf machen müßten, durch Gleichgültigkeit oder Versäumnisse einem Unglück oder gar einer Katastrophe Vorschub geleistet, statt gegen sie nach Möglichkeit Vorkehrungen getroffen zu haben.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe wies schließlich darauf hin, daß der DLSV eine umfassende Organisation der Volksgemeinschaft zur Vorbereitung des Selbstschutzes ist und schon aus Selbsterhaltungstrieb von jedem einzelnen unterstützt werden muß.

Die neugegründete OG stellte sich bei der letzten Luftschutzbeiratsitzung in der Polizeidirektion Regensburg vor. Der Polizeidirektor begrüßte die Gründung und gab bekannt, daß die Leitung der Ortsgruppe auch in den Luftschutzbeirat und den Arbeitsausschuß aufgenommen ist.

Schlesien:

Im August 1931 wurde in Schlesien durch Major a. D. Waldschmidt, einem der Leiter des Heimatluftschutzes während des Krieges, mit der Aufklärung der Bevölkerung begonnen und im Zusammenwirken mit Professor Dr. Meyer, Breslau, dem bekannten Fachmann auf chemischem Gebiete, und Direktor Kuhnert, auch ehemaligen Flakführer, der Luftschutzverband Schlesien gegründet, nachdem Studienassessor Venatier vom Deutschen Luftschutz e. V. durch seine Vorträge an den Gymnasien Breslaus den Boden bereitet hatte. Dem Verband schlossen sich bald zahlreiche Organisationen der Bevölkerung aller Parteien und Stände einschließlich der Gewerkschaften an. Der Luftschutzverband Schlesien erklärte seinen Beitritt zum Deutschen Luftschutz e. V. und zur Deutschen Luftschutz-Liga. Nach dem Zusammenschluß beider zum DLSV wurde dem Luftschutzverband Schlesien dieser Landesteil ausschließlich überlassen. Auch zum DLSV ist der formelle Beitritt inzwischen erfolgt.

OG bestehen in Breslau, Görlitz, Liegnitz, Schweidnitz, Waldenburg, Namslau, Brieg, Oels, Hirschberg, Glogau.

Weitere Ortsgruppengründungen stehen bevor.

Siegen:

An der Vorstandssitzung, die die OG Siegen am 14. November abhielt, nahmen eine Anzahl Vertreter aus wichtigen Orten des Kreises teil. Es wurde die Gründung von Ortsgruppen angeregt für die Orte: Ferndorf, Weidenau, Eiserfeld, Amt Netphen, Freudenberg, Hilchenbach-Keppe, Amt Burbach.

Stargard i. Pomm.

Die OG Stargard ist wenige Wochen nach ihrer Gründung am 13. Dezember mit einem Lichtbildervortrag, den Dr. Gassert hielt, vor die Öffentlichkeit getreten. Der Luftschutzgedanke hat in Stargard infolge seiner Lage im Grenzgebiet besonders lebhaften Widerhall gefunden.

Stettin:

Nach eingehenden Vorverhandlungen unter der Leitung von Stadtbaurat a. D. Dr. Fabricius wurde die OG am 30. November im Stadtverordnetensitzungssaal im Beisein von Oberbürgermeister Dr. Pöschel, Polizeipräsident Meyer und zahlreichen sonstigen Vertretern von Behörden und Verbänden gegründet. Oberbürgermeister Dr. Pöschel legte dar, daß in Deutschland nach dreizehnjähriger Lethargie gegenüber der Aufgabe des Luftschutzes die Luftschutzarbeit endlich auf der ganzen Linie eingesetzt hat. Dr. Gassert wies nach, daß nach dem bisherigen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen auf absehbare Zeit mit einer Beseitigung des Luftgefahr durch internationale Vereinbarungen nicht zu rechnen ist, infolgedessen die einzige uns verbleibende Möglichkeit gegenüber der Luftgefahr die Vorbereitung von Luftschutzmaßnahmen bleibt. Er schilderte eingehend die Aufgaben der Ortsgruppen. Zum Vorsitzenden wurde Stadtbaurat a. D. Dr. Fabricius gewählt.

Stuttgart:

In einer Sitzung des Arbeitsausschusses der OG, an welche auch Vertreter der Stadtverwaltung und des Polizeipräsidiums sowie der OG Tübingen teilnahmen, berichtete unter dem Vorsitz von Oberingenieur Büggeln am 30. November Geisler vom Vorstand des DLSV über die Aufgaben der OG in der nächsten Zeit auf dem Gebiete der Aufklärung und Organisierung des Selbstschutzes. Ferner wurden wichtige Organisations- und Verwaltungsfragen der OG Stuttgart und der Arbeit in Württemberg besprochen. Dabei ist vereinbart worden, daß die OG Stuttgart nach Möglichkeit auch die Aufklärungsarbeit in ganz Württemberg und die Bildung von OG in den 32 württembergischen Luftschutzorten unterstützt. Jede OG soll selbständig sein und ihre Beiträge für sich verwalten. Dagegen hat die OG Stuttgart es übernommen, die württembergischen OG bei der württembergischen Regierung zu vertreten, wodurch jede Überorganisation vermieden und doch eine Anpassung der Organisation des DLSV an die Landes-Luftschutzbehörde gewährleistet ist.

Tübingen:

Am 21. November wurde in Tübingen die OG gegründet. Als ihr Vorsitzender wurde Herr Oberregierungsrat Dr. Knapp gewählt, der sich um die Vorbereitung besonders verdient gemacht hatte. Vertreter der OG Stuttgart nahmen an der Gründung teil.

Wuppertal:

Nachdem am Sonntag, dem 4. Dezember, das Polizeipräsidium unter Mitwirkung der Feuerwehr, der Sanitätsorganisationen und der Technischen Nothilfe eine Luftschutzübung durchgeführt hatte, veranstaltete die OG am 9. Dezember vor geladenen Gästen und am 13. Dezember in einer öffentlichen Versammlung eine Kundgebung für den Luftschutz. Studienrat Soll legte, unterstützt durch Lichtbilder und Filme, die besondere Bedeutung und Notwendigkeit des Luftschutzes für das industrielle Wuppertal dar.

Material für Luftschutz-Übungen
Brandsätze, Nebelbüchsen, Reizstoffe
Hanseatische Apparatebau-Gesellschaft
vorm. L. von Bremen & Co., m. b. H., Kiel